

## **ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!**

**Rede des Bundestagsvizepräsidenten Johannes**

**Singhammer**

**anlässlich des Heilig-Dreikönig-Treffens der**

**CSU München**

**am 06. Januar 2017 im Augustiner,**

**Fußgängerzone, Grüner Saal**

Liebe Münchnerinnen, liebe Münchner,  
herzlich Willkommen zum traditionellen Heilig-Drei-König-Treffen der CSU.

Das Weihnachtsfest hat stattgefunden, auch wenn nach Berichten türkische Offizielle im traditionsreichen deutsch-türkischen Gymnasium „Alman Lisesi“ in Istanbul die Abschaffung versucht haben sollen.

Die politischen Raunächte sind mit der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe abgeschlossen. Und deshalb können wir uns freuen auf ein gemeinsames Fest der Union mit dem Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt Dr. Reiner Haseloff.

Als Ministerpräsident steht Dr. Reiner Haseloff seit 2011 an der Spitze eines der Herzländer Deutschlands, das unter seiner Leitung bei schwierigen Voraussetzungen enorm gewonnen hat. Deshalb war Dr. Reiner Haseloff für die CDU

in seinem Bundesland bei Landtagswahlen auch am erfolgreichsten im vergangenen Jahr 2016. Seither führt er die erste Kenia-Koalition in Deutschland: schwarz-rot-grün. Unter schwierigsten Bedingungen mit einem klaren Profil.

Lieber Reiner Haseloff, in einem Interview vom 04. Mai vergangenen Jahres haben Sie formuliert: „Aber wir sollten Kernthemen definieren, die unsere Anliegen sind und bleiben: Familie, Heimat und auch die national-staatlichen Aufgaben, die durch eine Bundesregierung zu bewältigen sind ...“ und an anderer Stelle „... wir müssen, wie schon Franz-Josef Strauß sagte und Horst Seehofer zu Recht einfordert, auch das rechte demokratische Spektrum abdecken und Protestwähler zurückgewinnen.“ Damit passt kein Blatt Papier zwischen CSU und CDU in Sachsen-Anhalt, das ist die Union zwischen CSU und CDU, welche die Menschen in Deutschland brauchen.

Wir freuen uns, dass Sie heute hier im traditionsreichen Augustiner in München mit Ihrer Gattin Dr. Gabriele Haseloff zu uns gekommen sind und ich persönlich danke Ihnen auch für viele Jahre engster gemeinsamer Zusammenarbeit in der Bundesnetzagentur in den Jahren von 2006 bis 2009.

(Begrüßung der Gäste)

Was ist der Kern der Existenzberechtigung unseres Staates, der Bundesrepublik Deutschland? Eines jeden Staates? Es ist das Versprechen, die innere und äußere Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.

Diese Erkenntnis ist für das eben begonnene Jahr 2017 noch wichtiger geworden als in den zurückliegenden Jahren. Der internationale Terrorismus hat 2016 in besonders abscheulicher Weise unschuldige Menschen in Deutschland getötet. Zuletzt in Berlin, wenige Tage vor Weihnachten als ein tunesischer Terrorist mit einem 40-Tonner-Lastwagen Menschen auf dem Breitscheid-Platz im Zentrum Berlins niederwalzte und dabei arglose Besucher des Weihnachtsmarktes aus Deutschland, aber auch aus anderen Ländern aus dem Leben riss und viele verletzte. Zuvor schon gab es schlimme Anschläge in Franken in der Nähe von Würzburg in einem Zug mit einer Axt, einen Bombenanschlag in Ansbach und eine erhebliche Zahl von Anschlagversuchen, die gerade noch verhindert werden konnten.

Dieser Zivilisationsbruch durch internationalen Terrorismus bedroht unsere Freiheit und unsere Sicherheit. Es ist nicht nötig, wegen eines oder

mehrerer hergelaufener Terroristen diesen den Krieg zu erklären. Aber was notwendig ist: unsere Entschlossenheit diesen Zivilisationsbruch zu bekämpfen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln darf nicht geringer sein, als unsere Besonnenheit.

Nichts ist so ungerecht wie Verallgemeinerungen. Und selbstverständlich sind die Mehrzahl der Flüchtlinge keine Terroristen. Sie fliehen vor Krieg, Terror und Leid und wollen nicht Krieg nach Europa tragen.

Doch müssen wir auch feststellen, der sogenannte Islamische Staat hat die Flüchtlings-situation, die offenen europäischen Außen-grenzen eiskalt ausgenutzt. Deshalb darf eines nie mehr geschehen: ein Kontrollverlust der staatlichen Behörden beim Grenzübertritt nach Deutschland. Deshalb brauchen wir Transitzonen, wo jedermann und jederfrau zunächst überprüft wird.

Es ist auch für unser Rechtsverständnis in Deutschland eine schwere Belastungsprobe, wenn der deutsche Staatsangehörige bestraft werden kann, wenn er keinen Ausweis besitzt, keinen Pass hat, die Identität nicht feststellbar

ist und gleichzeitig mit größtem Verständnis darauf reagiert wird, dass Flüchtlinge, aber auch Menschen, die schlichtweg einwandern wollen, massenhaft und regelmäßig ihre Pässe kurz vor dem Grenzübergang verlieren, das Handy aber jederzeit wiederfinden können.

Auch eine Visumsfreiheit gerade gegenüber der Türkei darf nicht realisiert werden. Die Türkei unter Erdoğan entfernt sich von Europa im Schnellzugtempo. Ein Beispiel ist die Meldung von Focus Online vom 26.12.2016: Weil er Präsident Erdoğan keinen Tee servieren wollte, ist der Kantinenchef der Oppositionszeitung Cumhuriyet festgenommen worden. Der Grund: Er soll gesagt haben, dass er Präsident Erdoğan keinen Tee servieren würde, falls der Staatspräsident in die Redaktionsräume kommen würde. Es mag unhöflich sein, einem Staatspräsidenten kein Getränk anzubieten, aber nach unserem Rechtsverständnis darf es kein Grund sein, in den Knast zu wandern.

Wir können es nicht zulassen, dass die inner-türkischen Konflikte zwischen Kurden und Türken, zwischen Gülen-Anhängern und Erdoğan-Anhängern nach Deutschland importiert werden. Deshalb keine Visumsfreiheit für die Türkei.

Es kommen zu uns viele, die in ihren Herkunftsländern unter einem Bürgerkrieg Schauerliches erleiden mussten. Beispiel Syrien, Aleppo. Deutschland hat mehr Menschen aufgenommen als alle anderen Staaten in Europa. Aber alleine können wir die Welt nicht retten. Der Bundespräsident hat es eindrucksvoll formuliert, als er vom weiten Herz der Deutschen gesprochen hat, aber auch von den begrenzten Möglichkeiten. Die objektive Integrationsfähigkeit in unseren Staat darf nicht missachtet werden.

Die Obergrenze von 200.000 Personen ist zum Reizwort geworden. Aber noch mehr und größere Auswirkungen wird der Familiennachzug von denjenigen haben, die schon hier bei uns sind und einen sicheren Aufenthaltsstatus haben. Über 96 % der syrischen Flüchtlinge erhalten einen solchen. Nach Angaben, d. h. vorsichtigen Schätzungen des BAMF, als der zuständigen Bundesbehörde, wird pro anerkanntem Flüchtling mindestens eine Person nachziehen. Im Jahr 2015 sind etwa 420.000 Menschen allein aus Syrien nach Deutschland gekommen. Das Nachzugspotential für Familienangehörige ist erheblich. Die Zeitschrift „Die Zeit“ schätzte bereits Mitte vergangenen Jahres insgesamt das Potential auf etwa eine halbe Million.

Wir in München wissen, wie schwierig es ist, eine bezahlbare Wohnung zu bekommen. Diejenigen, die im Wege des Familiennachzuges zu uns kommen werden, sind überwiegend Frauen und Kinder. Sie brauchen Kita-Plätze, Schulplätze, eine komplette Versorgung. Einen unbegrenzten Familiennachzug zu versprechen, ohne sagen zu können, wo die Wohnungen, Schulen auch später die Altenheime für nachziehende ältere Familienangehörige herkommen sollen, ist unseriös.

Deshalb ist es nicht unbarmherzig, sondern vernünftig zu überlegen, wie in Hauptflüchtlingsländern ein sicherer Hafen geschaffen werden kann, damit Flüchtlinge und Flüchtlingsfamilien dort zusammengeführt werden können, ohne dass teure Schlepper und lebensgefährliche Fluchtrouten beschritten werden müssen.

Und wir brauchen auch die äußere Sicherheit. Die Friedensdividende nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist verbraucht und schon mehrfach ausgezahlt. Deutschland hat versprochen 2 % des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung und äußere Sicherheit

auszugeben. Unsere Nachbarn in Frankreich und Großbritannien tun das schon seit Jahren und erwarten endlich unseren zugesagten Beitrag. Der neue amerikanische Präsident wird das nicht nur erwarten, sondern voraussetzen.

Wir haben die Ausgaben erhöht auf 37 Milliarden Euro. Aber das entspricht 1,2 % des Bruttoinlandsprodukts, d.h. wir werden bis zu 30 Milliarden mehr für die Verteidigung in den nächsten Jahren einplanen müssen, um auf die vereinbarten 2% zu kommen. Eine gewaltige Summe. Aber die Freiheit und die Sicherheit haben ihren Preis. Ist es uns nicht auch gelungen, deutlich mehr als 20 Milliarden für die Unterbringung von Flüchtlingen allein von Seiten des Bundes Jahr für Jahr aufzubringen?

Es gibt Uneinigkeit in der Union von CDU und CSU in der Flüchtlingsfrage. Ich sage, wir brauchen die Einheit der Union von CDU und CSU, denn sonst erwartet Deutschland eine Abdrift zum Schlechteren.

Wohin es führt, wenn die Union, im konkreten Fall die CDU in Berlin, aus der Regierung gewählt wird, kann man in der Bundeshauptstadt sehen. Rot-Rot-Grün!



Verharmlosend „R2G“ genannt. Dort haben die Partner von SPD, Linkspartei, Kommunisten und Grünen folgendes vereinbart und wollen das auch durchsetzen. Ich zitiere aus den Koalitionsvereinbarungen:

*„Die Koalition hält Abschiebehaft und Abschiebebegewahrsam grundsätzlich für unangemessene Maßnahmen und wird sich deshalb auf Bundesebene für deren Abschaffung einsetzen“.*

*„Die Koalition will den Familiennachzug erleichtern und die landesrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Sie strebt eine Bundesratsinitiative an mit dem Ziel, den Familiennachzug zu sonstigen Angehörigen auszuweiten, insbesondere die Möglichkeit eines Aufenthaltstitels auch für Verwandte 2. Grades, d.h. Eltern und andere, und für volljährige Kinder.“*

*„Die Koalition wird Familienzusammenführungen im Rahmen der rechtlichen Regelungen unterstützen, dies gilt auch für Familienzusammenführung jenseits der Kernfamilie“.*

Auch nach dem schrecklichen Anschlag in Berlin will man die Haltung zur Abschiebehaft nicht ändern:

*„Die Koalition hält Abschiebehaft und Abschiebebegewahrsam grundsätzlich für unangemessene Maßnahmen und wird sich deshalb auf Bundesebene für deren Abschaffung einsetzen.“*

Der neue Berliner Senat sorgt zudem bei mindestens zwei herausragenden Personalentscheidungen für Empörung. Staatssekretär Andrej Holm ist ausgewählt worden, obwohl er hauptamtlicher Stasi-Mitarbeiter war, obwohl er falsche Angaben gemacht hat. Sawsan Chebli ist für die SPD neue Staatssekretärin. In einem Interview hat sie die religiösen Gesetze des Islam (Scharia) als absolut „kompatibel“ mit dem Grundgesetz bezeichnet. Selbst Müllers SPD-Parteifreund Erol Özkaraca nennt die Personalie eine „absolute Fehlentscheidung“. Mittlerweile ist von einer „Scharia-Verharmloserin“ die Rede. Wer das alles nicht will, wer nicht Rot-Rot-Grün als Bundesregierung im Herbst 2017 will, der muss als Union zusammenstehen. Wir brauchen die gemeinsame Union von CDU und CSU und wir brauchen die Umsetzung der Positionen der CSU.

Es ist fast schon eine Tradition, wenn ich heute zum letzten Mal als Bundestagsabgeordneter die Begrüßung beschließe mit dem Neujahrsgebet des Pfarrers von St. Lambert zu Münster aus dem Jahre 1883. Für dieses Jahr 2017 denke ich, ist es besonders nötig.

„Herr, setze dem Überfluss Grenzen  
und lasse die Grenzen überflüssig werden.

Lasse die Leute kein falsches Geld machen  
und auch das Geld keine falschen Leute.

Nimm den Ehefrauen das letzte Wort  
und erinnere die Männer an ihr erstes.

Herr, Sorge dafür, dass wir alle  
in den Himmel kommen  
aber nicht sofort.“